

fanges gezwungen. Das trifft auch auf die „NZ am Montag“ zu.

Mit unfreien Redakteuren ist keine freie Presse möglich. Wohl sämtliche Redakteure werden durch Spitzel des SSD überwacht. Während meiner Tätigkeit bei der „National-Zeitung“ entdeckte ich auf Grund von Veröffentlichungen des RIAS und des Westberliner „Abend“, daß ich von der mir zugewiesenen Sekretärin Flora Krafczyk bespitzelt werde. Später übernahm diese Aufgabe eine andere Sekretärin, die, wie sich herausstellte, VoPo-Kommissarin war. Sie arbeitet jetzt in der Redaktion „Deutschlands Stimme“ und im „Amt für Information“. Seit meinem Ausscheiden aus der Redaktion der „NZ“ wechselte diese Zeitung allein im Zeitraum von 14 Monaten 17 Redakteure. Ein Kollege der „Berliner Zeitung“ wurde in meiner Gegenwart verhaftet, weil er gleichzeitig Mitarbeiter der Westberliner Zeitung „Der Kurier“ gewesen sein sollte. Ich selbst wurde mehrfach von einem Angehörigen des SSD namens Erdmann aufgefordert, Spitzeldienste für ihn zu leisten. Besonders innerhalb der Westsektoren. Das beschleunigte meine Flucht nach Westberlin.

Wer sich den Anordnungen der Parteien widersetzt, wurde entfernt oder verhaftet. So erging es selbst prominenten, kommunistischen Journalisten, wie dem Chefredakteur des „Deutschlandsenders“, Leo Bauer, und dem Chefredakteur der „Friedenspost“ und ehemaligen Chefredakteur des SED-Organs „Neues Deutschland“, Lex Ende.

Eine freie Berichterstattung war derartig in ihrer Freiheit beschränkten Journalisten ganz unmöglich. Selbst Kritiker (Film, Theater sogar Musik) konnten keine objektive Arbeit leisten. Über Veranstaltungen in Westberlin durfte keine positive Zeile in ihrem Beitrag enthalten sein. Es war ihnen nicht verboten, objektiv zu urteilen, aber ihre Artikel erschienen einfach nicht.

Aus vorliegendem Material, für deren wahrheitsgetreue Wiedergabe ich mich verbürgen kann, dürfte klar ersichtlich sein, daß von einer Pressefreiheit, wie man sie in einer demokratischen Welt versteht, in den sowjetisch besetzten Gebieten keine Rede sein kann.
Berlin, den 20. III. 52

gez. E. Ploegert.

Erklärung Rost

DOKUMENT NR. 232

Berlin, den 8. März 1952.

Herr Wilhelm Rost, zur Zeit Berlin W. 30, Heilbronner Straße 10, erklärt: Während meiner Tätigkeit als Landtagsabgeordneter der CDU im Landtag Sachsen-Anhalt hatte ich im Berliner CDU-Organ „Neue Zeit“ vom 26. 10. 1949 einen Artikel „Das ganze Deutschland“ vom 25. Oktober 1949 veröffentlicht. Auf Grund dieser Veröffentlichung wurde der Vorsitzende der Ost-CDU, Otto Nuschke, zur sowjetischen Militärverwaltung nach Karlshorst bestellt. Dort

wurde ihm von einem Mitglied der SMAD erklärt: „Herr Nuschke, wie können Sie in Ihren Zeitungen so wenig positiv schreiben lassen.“ Aufgrund dieses Schrittes der SMAD veranlaßte Nuschke, daß die CDU-Presse von da an meine Artikel, die im wesentlichen der innerparteilichen Klärung dienen, abgelehnt hat.

Berlin, den 8. März 1952

gez. Wilhelm Rost

Erklärung Flöter

DOKUMENT NR. 233

Berlin, den 10. April 1952

Herr Hans-Joachim Flöter, Berlin-Frohnau, Kreuzritterstraße 12a, erklärt:

Ich war Ende 1949 bis Februar 1951 Mitglied des Verwaltungsrates der Norddeutschen Zeitung in Schwerin. In die-

ser Eigenschaft wurde mir bekannt, daß sämtliche Artikel, die in der Zeitung erscheinen sollten, vor dem Druck der Pressestelle der sowjetischen Kommandantur zur Genehmigung vorgelegt werden mußten. Insoweit bestand eine völlige Pressezensur. Etwa ein Drittel der vorgelegten Artikel wurde nur genehmigt. Eine Folge hiervon war ein ständiger Wechsel der verantwortlichen Redakteure. Wiederholt wurden Redakteure in dieser Zeit von den Sowjets verhaftet und längere Zeit eingesperrt, um Unruhe und Unsicherheit in der Redaktion zu bringen und die maßgeblichen Redaktionsmitglieder sich gefügig zu halten. Der Zeitung wurde nur ein ganz ungenügendes Papierkontingent zugeteilt, das auch immer einmal verringert wurde, so daß die Norddeutsche Zeitung bei einem Umfang von insgesamt nur 4 Druckseiten nur 3mal wöchentlich erscheinen konnte.

gez. Hans Joachim Flöter

Verfolgung der freien demokratischen Presse

DOKUMENT NR. 234

Oberpostdirektion

IA 3 2460-0 Nr. 895

Leipzig S 3, den 30. Aug. 1950

HA: 357

An die Vorsteher der Postämter und den Vorsteher des BPA 32

153 Ausfertigungen

X-te Ausfertigung

Zur Vf IA 3 (2) 2460-0 Nr. 767

v. 2. 8. 50

Vertraulich!

Sicherstellung unzulässiger Presseerzeugnisse

Um den Mißbrauch des grünen 10b-Stempels zu verhindern, wird in Zukunft in der Farbe des Abdrucks monatlich gewechselt werden. Für den Monat September wird rote Stempelfarbe verwendet. Die beteiligten Dienststellen sind entsprechend anzuweisen.

In Vertretung
Hamann

DOKUMENT NR. 235

Oberpostdirektion

IA 3 2460-0 Nr. 1170

Leipzig S 3, den 6. November 1950

HA: 357

An die Vorsteher der Postämter oder Vertreter im Amt

Vertraulich!

152 Ausfertigungen

X-te Ausfertigung

Zur Vf IA 3 2460-0 Nr. 895

vom 30. 8. 50

Sicherstellung unzulässiger Presseerzeugnisse

Um den Mißbrauch des 10b-Stempels zu verhindern, wird für den Monat November blaue Stempelfarbe verwendet. Die beteiligten Dienststellen sind entsprechend anzuweisen.

In Vertretung
Laue ——— (SED)

DOKUMENT NR. 236

Oberpostdirektion

IA 1 2112-OB

Leipzig S 3, den 31. August 1950

HA: 322

An die Amtsvorsteher aller PA einschl. BPA 32

Sofort!

Vertraulich!

138 Ausfertigungen

X-te Ausfertigung

Ausschließung von der Postbeförderung

In Leipzig aufgelieferte, verschiedenfarbige Drucksachen in Faltbriefform mit der durch Typenstempel hergestellten, gefälschten Absenderangabe: — Das Kreiskomitee der „Kämpfer für den Frieden“, Leipzig C 1, Jacobstr. 27 — enthalten hetzerische Ausführungen zu den Oktoberwahlen und sind gem. PO § 4 anzuhalten.

Die abgehende und eingehende Post ist sorgfältig zu überwachen. Einlieferer ggf Feststellen und Volkspolizei verständigen.

In Vertretung
Werner

DOKUMENT NR. 237

Oberpostdirektion

VI A 2 2002-4

Leipzig S 3, den 18. Sept. 1950

HA: 472

An die Vorsteher oder Vertreter im Amt aller Postämter

Vertraulich!

135 Ausfertigungen

X-te Ausfertigung

Zu den Vf. vom 20. 7., 8. 8. und

25. 8. 50 VI A 2 2002-4

Illegaler Zeitungsvertrieb

Dien bevorstehenden Volkswahlen haben ein starkes Anschwellen illegaler Zeitungssendungen mit sich gebracht. Es ist deshalb erforderlich, daß die Ä in verstärktem Maße ihr Augenmerk auf das Aufkommen derartiger Sendungen richten und deren Ausschluß von der Zu-